

Überregionaler Pressespiegel 14.01.2012

Junge Welt | 14.01.2012 | Markus Bernhardt

»Lassen uns weder provozieren noch einschüchtern«

DGB-Jugend Berlin-Brandenburg ruft zu Protesten gegen den Naziaufmarsch in Dresden auf. Gespräch mit Christin Richter

Christin Richter ist Bezirksjugendsekretärin der DGB-Jugend Berlin-Brandenburg

Die DGB-Jugend Berlin-Brandenburg ruft zur Unterstützung der friedlichen Massenblockaden auf, mit denen am 18. Februar wieder einmal der jährliche Naziaufmarsch in Dresden verhindert werden soll. Welchen Stellenwert hat der Kampf gegen Neonazis und Rassismus bei der Gewerkschaftsjugend?

Mit dem Beschluß des DGB-Bundesjugendausschusses, dem höchsten gewerkschaftlichen Jugendgremium, unterstützt die DGB-Jugend das Bündnis »Nazifrei! – Dresden stellt sich quer«. Wir rufen dazu auf, die Aktionen des Bündnisses zu bewerben und sich daran zu beteiligen. Dabei gilt der gemeinsam vereinbarte Aktionskonsens des Bündnisses, daß von uns keine Eskalation ausgeht und daß wir solidarisch mit allen sind, die das Ziel teilen, den Naziaufmarsch zu verhindern.

Als Gewerkschaftsjugend unterstützen wir ausdrücklich die Protestform des zivilen Ungehorsams. Ohne den kollektiven Regelübertritt gäbe es viele arbeitsrechtliche und soziale Errungenschaften nicht, die wir gemeinsam erkämpfen konnten. Unsere Aktionen werden friedlich sein, wir empfehlen den Teilnehmern zuvor an Blockadetrainings teilzunehmen – sie sollten deeskaltierende Strategien zum Durchfließen von Polizeiketten und bei Sitzblockaden lernen. Unser Ziel ist die Blockade der Neonazis in Dresden und nicht, uns Scharmützel mit der Polizei zu liefern.

Was können Gewerkschaften gegen rassistische Meinungsbilder unternehmen, die sich an ihrer Basis ebenso finden wie in der übrigen Bevölkerung?

Die faschistische Ideologie steht allen gewerkschaftlichen Grundgedanken entgegen. Unser antirassistischer, auf Solidarität aufbauender Grundkonsens und gewaltfreier Widerstand gegen Ungerechtigkeit und Ausgrenzung sind Grundgedanken unseres Engagements. Den Nazis darf man, gerade in Anbetracht der rassistischen Morde von Neonazis, keine Plattform zur Verbreitung ihrer menschenverachtenden Ideologie geben.

Als Gewerkschaftsjugend bewegen wir uns beinahe täglich auf diversen Ebenen der politischen Bildung und der außerschulischen Jugendbildung – wir tragen somit aktiv zur Prävention und Aufklärung über rassistische Meinungsbilder bei. Wir bieten u.a. zusammen mit dem Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC) in ganz Berlin und Brandenburg Projektstage für Schulen an, unterstützen pädagogisches Personal im Umgang mit rechten Strukturen und bieten vielfältiges Aufklärungsmaterial.

Im vergangenen Jahr sind Polizei und Justiz in Dresden massiv gegen die Nazigegner vorgegangen. Wie bewerten Sie die Überwachung der Handys der Protestierer durch die Funkzellenabfrage und die strafrechtliche Verfolgung von Aktivisten Ihres Bündnisses?

Das verurteilen wir auf das Schärfste. Beim ersten Prozeß wurde ein mutmaßlicher Blockierer freigesprochen, der nächste allerdings zu einer Geldstrafe verdonnert. Immer noch laufen Verfahren wegen Rädelsführerschaft gegen vermeintliche Fahnenträger vom 19. Februar 2011 sowie Verfahren wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung, unter anderem gegen Mitarbeiter des Bündnisses. Der sächsische Justizminister schließt auch in diesem Jahr eine Funkzellenabfrage nicht aus – das ist ungeheuerlich!

Es kann doch nicht angehen, daß einerseits Neonazis unter den Augen des Verfassungsschutzes jahrelang morden konnten und daß andererseits das antifaschistische Engagement auf allen Ebenen behindert wird. Unsere Solidarität gilt selbstverständlich den Betroffenen dieser Repression! Deswegen wenden wir uns auch in aller Deutlichkeit gegen die Kriminalisierung unserer legitimen Proteste. Wir verurteilen natürlich auch die maß- und gesetzlose Überwachung unserer Bündnismitstreiter.

Vertreter von CDU und FDP in Sachsen heizen seit Wochen die politische Stimmung in Dresden an, indem sie vor einer erneuten »Invasion der Extremisten« warnen. Müssen Sie das nicht auch auf sich selbst und Ihre Gewerkschaftskollegen beziehen?

Ganz klar: Nein! Unser eingangs erwähnter Aktionskonsens spricht für sich, und von einer Partei wie der FDP, die sich gerade selbst eliminiert, lassen wir uns weder provozieren noch einschüchtern.

<http://www.jungewelt.de/2012/01-14/053.php>

Ergänzungen Überregionaler Pressespiegel 13.01.2012

Leipziger Volkszeitung | 13.01.2012 | 19:29 Uhr | Jane Jannke

Aufkleber diffamieren Menschenkette gegen Neonazi-Demo in Dresden – Stadt will klagen

Dresden. Im Vorfeld des 13. Februar machen seit einigen Wochen ominöse Aufkleber die Runde. Unbekannte haben den Werbeauftrag der Stadt Dresden für die Menschenkette vom vergangenen Jahr in verunglimpfender Weise verfremdet. Jetzt plant die Stadt eine Klage wegen Urheberrechtsverstößen.

„Für eine weltoffene Stadt. Gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit.“ stand ursprünglich auf dem Plakat der Stadt Dresden, auf dem Politiker, Größen der Stadt und Bürger Hand in Hand für die Menschenkette am 13. Februar 2011 warben. Auf den nun kursierenden Aufklebern wurde das Motiv in diffamierender Weise entstellt. Die Köpfe einiger abgebildeter Menschenketten-Befürworter wurden durch die von Personen ersetzt, die die Urheber dem „rechten Spektrum“ zuordnen. So finden sich unter anderem auf der Publikation die Konterfeis von Sachsen-NPD-Chef Holger Apfel, Joseph Goebbels und Thilo Sarrazin, ergänzt durch den Slogan: „13. Februar 2012, Rumstehen, wegsehen! Komm reih dich ein!“ in altdeutscher Schrift. Bei der Stadt zeigte man sich indigniert: „Wir werden Urheberrechtsklage einreichen“, kommentierte Sprecher Kai Schulz am Donnerstag.

Über die Urheber der Aufkleber, die vor allem im Umkreis der TU Dresden sowie in der Dresdner Neustadt angebracht und verteilt worden sind, herrscht derzeit Rätselraten. Erste Hinweise deuten an, dass sie aus der radikalen Antifa-Szene stammen könnten. „Offensichtlich soll die Menschenkette in Verruf gebracht werden, indem deren Organisatoren und Befürworter mit rechten Kreisen in Verbindung gebracht werden“, vermutet Marcel Braumann, Sprecher der sächsischen Linken am Freitag gegenüber DNN-Online. Pikant: Ein weiteres aufgetauchtes Motiv zeigt die Menschenkette mit den Linken-Politikern Petra Pau und Andre Hahn als Handlanger für heranrückende Nazis.

Die Botschaft scheint klar: Wer sich der Menschenkette anschließt, der kann sich auch gleich auf die Seite der Nazis stellen. Dabei machen die Täter offenbar auch vor dem eigenen, dem Blockaden befürwortenden Lager nicht halt. „Wir haben immer deutlich gemacht, dass wir beide Aktionen, die Menschenkette und Proteste in Sicht- und Hörweite der Nazis unterstützen“, stellt Marcel Braumann klar. „Auch in diesem Jahr werden wir sowohl an den Protestaktionen des Bündnisses Dresden Nazifrei als auch an der Menschenkette teilnehmen.“ Der Sprecher des Bündnisses, Stefan Thiele, distanzierte sich am Freitag gegenüber DNN-Online von den Aufklebern. „So etwas haben wir nicht nötig. Unsere Kritik am Vorgehen der Stadt haben wir klar formuliert. Was diese Aufkleber dagegen transportieren sollen, erschließt sich uns nicht“, so Thiele.

Fragen wirft vor allem die Tatsache auf, dass sich unter den vermeintlich rechten, in das ursprüngliche Plakat montierten Köpfen auch der von Versöhnungsaktivist und Startrompeter Ludwig Güttler befindet, der zuvor nie durch eine wie auch immer geartete Nähe zu rechten Positionen auffiel. Güttler setzte sich maßgeblich für den Wiederaufbau der Dresdner Frauenkirche ein, die heute weithin als Symbol für eine Versöhnung gilt, die insbesondere in radikal-antideutschen Kreisen als nicht hinnehmbar gilt. Das Büro des Musikers zeigte sich betroffen von der Aktion, möchte aber von rechtlichen Schritten

absehen. „Wir wollen diese Sache nicht wichtiger machen als sie ist“, kommentierte
Büroleiter Martin Steude.

<http://www.lvz-online.de/nachrichten/mitteldeutschland/saebelrasseln-in-dresden-schmaeh-aufkleber-diffamiert-menschenkette-stadt-will-klagen/r-mitteldeutschland-a-121220.html>
